

„Neterpimost' k ljubomu gnëtu“.

Vjačeslav Ivanovič Dašičevs Bemühen um eine sittliche Staatsraison Rußlands vor und nach der Wende von 1989

Helmut Grieser



Als der Verfasser am Sonntag, dem 28. September 1986, die DDR-Grenzübergangsstelle Wartha durchfahren hatte, überwältigte ihn an der westlichen Tankstelle Herleshausen die Schlagzeile der „Bild am Sonntag“: „Sensationeller Plan in Moskau: Wiedervereinigung“. Die Zeitung fragte: „Wird's wie 1952? Damals hatte Sowjet-Diktator Stalin die Wiedervereinigung angeboten, verlangte dafür Neutralität; Adenauer lehnte ab: Das bedeute Sowjetisierung.“ Der Verfasser traute seinen Augen nicht, als er weiter las: „Der Sowjet-Politologe Prof. Daschitschew [sic!] pries jetzt in der Bundesrepublik die ‚kulturelle Nähe‘ von Russen und Deutschen, das ‚positive deutsche Kulturerbe in der UdSSR‘.“ War der Moskauer Forscher an der Akademie der Wissenschaften nicht kurz zuvor, am 17.6.1986, im Historischen Seminar der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel von den Studenten bedrängt

worden, ob ein Angebot wie 1952 noch einmal denkbar sei? Daschitschew hatte dies tatsächlich keineswegs ausgeschlossen. Sogar der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen Windelen zweifelte „keinen Augenblick“ daran, daß die Sowjets „versucht“ sein könnten, „sich auf einen wirtschaftlich starken Partner zu stützen“.

Wie sollte Bonn darauf antworten? Windelen trat gleich wieder alle Hoffnungsfunken aus: „Wir müssen eindeutig klarmachen, daß ein Verlassen des Nato-Bündnisses und ein Rückzug der USA aus Europa für uns absolut tödlich ist.“ Angeblich wurde „in Bonner Ministerien schon eine Antwort-Studie zu den neuen Tönen aus Moskau erarbeitet. Titel: ‚Darum ablehnen‘.“¹ Enttäuschung bestimmte nach dem Lesen die Gemütslage des Verfassers. Er verlor Daschitschew nach dessen Rückkehr in die SU im Juli 1986 aus den Augen und ahnte nicht, daß er den sowjetischen Vordenker der deutschen Einheit in seiner Vorlesung zu Gast gehabt hatte.

I.

Oft beeinflussen Wissenschaftler das Denken und die Wertvorstellungen von Politikern. Sie können spannungsverschärfend oder friedensfördernd wirken. Während es für den ersten Fall eindrucksvolle Beispiele gibt, treten die ermutigenden Menschen uns seltener entgegen.

Warum denkt ein Mann im diktatorischen Sowjetstaat über Zugeständnisse an die Nachbarländer nach? Wie bewältigt er dann das Ergebnis, daß die von ihm zur Absicherung großer innerer Reformen gedachten außenpolitischen Veränderungen gelingen, dafür aber der eigene Staat, um dessen Erneuerung willen die weltpolitische Wende angestrebt wurde, dabei zerfällt? Schließlich müßte ein Blick auf seine gegenwärtige Lagebeurteilung Aufschluß darüber gewähren, ob die nordamerikanische Führung deswegen gescholten wird, weil sie

sich angeblich Rußlands Wiederaufstieg entgegenstelle, oder ob die Enttäuschung des Gorbatschow-Beraters sich daraus speist, daß er alle Steine des Anstoßes wegräumen ließ, nun aber erkennen muß, daß „sittliche“ Vorleistungen nicht mit gleichem Entgegenkommen, sondern vielmehr mit unfreundlichem verdrängenden „Wegbeißen“ Rußlands aus seinem geschichtlichen Vorfeld beantwortet werden.

Die Erschütterungen der beiden Weltkriege mit den Folgeerscheinungen des Bolschewismus, des Nationalsozialismus und des Kalten Krieges führten Daschtschew als jungen Militärhistoriker schon bald zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen der Frieden bewahrt werden könne. Er wurde in Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795 fündig, indem er dort als unabdingbar die Prämisse entdeckte, die Souveränität eines Staates verbiete die gewalttätige Einmischung einer anderen Macht in seine Verfassung und Regierung. Daschtschew folgerte daraus, daß es neben den inneren Verhältnissen auch den Willen der Mächtigen erfordere, das zwischenstaatliche Recht durch „moralisches“ Verhalten zu achten. Frieden herrsche also nur, wenn Moral und Politik sich miteinander verbänden. Er verwarf damit sowohl die bolschewistische Auffassung von der Gewalt als der „Hebamme der Geschichte“ als auch den westlichen Anpassungstrost, daß die Politik nun einmal ein „schmutziges Geschäft“ darstelle. Er widersprach: Es gebe nur „schmutzige Politiker“, die Politik aber diene ihrem Wesen nach dem Volk. Er entdeckte darüber hinaus, daß sich Kants Einsichten auf die eigene Zeit übertragen ließen: Wenn ein Land sich durch innere „Veruneinigung“ in zwei Staaten spalte, sollen äußere Staaten sich nicht einmischen und als Skandal „die Autonomie aller Staaten unsicher machen“.²

Durch die Wendejahre fühlte er sich in seiner „Kantischen Außenpolitik“ bestätigt: „Ich glaube, die Eindämmung des Kalten Krieges, die Wiedererlangung der Freiheit durch die Länder Osteuropas und Deutschlands war eine Folge der Rückkehr der sowjetischen Führung unter Gorbatschow zu den Prinzipien des Völkerrechts und der Moral in der Politik.“³ Der Grundsatz der souveränen Rechte eines Staates auf Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten bedeutete zugleich, daß die internationalen Beziehungen auch vom Zustand der Menschenrechte in einem Land unbehelligt bleiben müssen.⁴ Daschtschew fühlte sich zu dieser Bedingung berechtigt, denn sein „Glaubensbekenntnis“ schien über jeden Zweifel erhaben, als ihm die Berliner Zeitung am 5.8.2004 auf ihrer Titelseite unter der Überschrift „Auf kurzem Weg von links nach rechts“ vorhielt, daß er sich mit seinem Eintreten für Deutschland „nicht nur bei demokratischen Politikern hier zu Lande viel Ansehen erworben“ habe, sondern sich „offenbar gerne von den Rechten umwerben“ lasse, und er selbstbewußt erwiderte:

„Ich kämpfte während des Krieges an der Front gegen die Hitlerherrschaft. In meinen zahlreichen Schriften, darunter in dem zweibändigen, 1500 Seiten zählenden Werk über das Scheitern der Nazi-Strategie im Zweiten Weltkrieg, setzte ich mich mit Hitlers menschenverachtender, totalitären Theorie und Praxis auseinander. Ich trat auch unter großen Risiken gegen den sowjetischen Totalitarismus und den sowjetischen messianischen Expansionismus auf. Die Ideale meiner – nicht existierenden – Partei sind: nicht nur Menschenrechte, Menschenfreiheiten und Menschenwürde, sondern auch Menschenpflichten und Menschenverantwortung, Patriotismus und Heimatliebe, Ehre und Ehrlichkeit, soziale und nationale Gerechtigkeit, eine Friedensordnung, verkörpert in dem Grundsatz ‚Einheit in Vielfalt‘ und in der Achtung vor der Souveränität und Selbstbestimmung jedes Volkes, Intoleranz gegenüber jedem Joch und jeder Unterdrückung. Das ist weder links noch rechts.“⁵

Im Januar 2006 wurde Daschtschew noch deutlicher. Sei es rechtmäßig, daß die US-Regierung ihre Propaganda hauptsächlich auf die Menschenrechte ausrichte? Könnten überhaupt „diese Werte, einzeln genommen, den humanen Zielen und Bedürfnissen der

Entwicklung unserer Zivilisation dienen?“ Dafür existiere „doch ein viel wichtigerer menschlicher Wert – die Sittlichkeit.“ Daschitschew bestimmte sie folgendermaßen:

- „Nichtzufügen eines Schadens
- a) sich selbst gegenüber,
 - b) dem Nächsten gegenüber,
 - c) sowie dem eigenen Volk und der Gesellschaft,
 - d) der Natur gegenüber.“⁶

Immer wieder sollte die sowjetische Politik aber auch überzeugend wirken. Selbst die „vornehmsten Ideen“ könnten die Zerstückelung eines Volkes nicht rechtfertigen.⁷ Da die Perestrojka Osteuropa „anstecken“ sollte, war auch deswegen 1989 auf Gewalt zu verzichten. Daschitschew nahm aufmerksam wahr, daß sich die „Nationalbewegung“ in Deutschland einen europäischen Frieden durch die deutsche Einheit versprach. Indem eine „neue Generation“ der Deutschen freie Kontakte erstrebte, die sowjetische Politik aber um der Perestrojka willen vorrangig der europäischen Stabilität dienen sollte, war auf diese Erwartungen in Deutschland einzugehen, auch wenn die „nationale Bewegung“ vorläufig nur „dahinplätscherte“.⁸

II.

Warum vermochte ein junger sowjetischer Frontsoldat und späterer Militärgeschichtler zu der Quintessenz seines strategischen Denkens zu gelangen, daß die deutsche Einheit Rußland nütze? Jahrzehntlang hatte er die deutschen Planungen zum Zweiten Weltkrieg erforscht. Ein reicher mehrbändiger Ertrag liegt dazu inzwischen vor.⁹ Sicher beschäftigte ihn dabei die tragische Einsicht, daß Russen und Deutsche am meisten gelitten hatten. Die Hauptidee Daschitschews wurzelte aber in dem Erschrecken darüber, daß auch die Sowjetunion die Auseinandersetzung mit dem Westen verlieren könnte, weil Stalin ihn mit der sowjetischen Expansion ebenso herausgefordert habe wie einst Hitler. In einem Gutachten für den Generalsekretär der KPdSU Andropow entwickelte Daschitschew 1983 sein sogenanntes „Gesetz der reflektierenden Rückwirkung“ („zakonomernost' obratnoj otricatel'noj svjazi ili obratnoj zaščitel'noj reakcii“).¹⁰ Auf Grund geschichtlicher Erfahrungen gelangte er zu dem Ergebnis, daß die stärkste Macht nach zunächst erfolgreichem Ausgreifen eine „Gegenkoalition der Stärkeren“ heraufbeschwöre, der sie letztlich unterliege. Der Untergang des Großdeutschen Reiches 1945 warnte vor einer wirtschaftlichen und politischen Überdehnung der sowjetischen Kräfte. Daschitschew folgerte, daß das Schicksal der UdSSR sich bis 1991 anders gestaltet hätte, wenn die kommunistisch-messianische Expansion unter Stalin ausgeblieben wäre.

Die Beobachtungen des deutschen Generalstabschefs Ludwig Beck (1935-1938) prägten Daschitschews Geschichtsbild. Die „unsittliche“ Ländergier Napoleons I. mit ihrem „öden Einerlei eines Weltreiches“ galt Beck ohnehin als in höchstem Maße „unpolitisch“. Beck sah die Sittlichkeit der Politik darin, daß sie sich abenteuerlicher Eroberungssucht enthielt.¹¹ Daschitschew klangen diese Vergleiche „aktuell“ im Zusammenhang mit dem Weltbild der kommunistischen Partielite. „Ich war überrascht, solche Ähnlichkeit bei der Einschätzung der Politik von Hitler und Stalin gefunden zu haben, obwohl sie unterschiedliche Weltanschauungen vertraten.“¹² Stalin habe nach 1945 seine „Abenteuer nach außen“ mit dem Motto entfesselt „Sieg des Kommunismus in der ganzen Welt“, „ohne dabei an den letzten Schritt zu denken“. Daschitschew riet daher 1980 gleich nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zum Rückzug. Denn die SU reize damit zusätzlich zu den von Daschitschew ebenfalls verurteilten SS-20-Raketen nicht nur die USA, sondern eröffne auch eine zweite Front gegen sich, indem sie die islamische Welt herausfordere.¹³

III.

Warum ging Daschitschew 1987 das große Wagnis ein, zum ersten Mal seit Jahrzehnten die deutsche Wiedervereinigung in Moskau erörtern zu lassen? Die politische Lagebeurteilung führte ihn zu dem Schluß, daß der „Griff nach der Weltmacht“ unter Breschnjew endgültig gescheitert war. Der Kalte Krieg und sein Rüstungswettkampf belasteten die SU derart, daß die deutsche Einheit möglicherweise davon befreien konnte. Zugleich drohte von der fortdauernden Teilung Gefahr, falls eine kräftige deutsche Nationalbewegung entstünde. Daschitschew entdeckte in seinen Darlegungen vom 27.11.1987 in einem neutralen Deutschland viele Vorteile für die SU, während eine Konföderation der beiden größten deutschen Staaten überhaupt erst nach dem Abzug der Besatzungstruppen vorstellbar erschien. Bis dahin mußte aber bereits mit überraschenden Umbrüchen in der DDR gerechnet werden. Die rein militärische Stabilität entsprach also nicht mehr den nationalen Interessen Rußlands. Es war daher ab 1988/89 bereit, seine militärische Anwesenheit in Osteuropa zu vermindern.¹⁴

Höchst bemerkenswert wirkt die Begründung, die Daschitschew für den Verzicht auf die bis dahin als unabdingbar erachtete sowjetische Forderung nach der Neutralität Deutschlands 1990 gab. Während westliche Kreise die Ablehnung dieses Moskauer Ansinnens als Stolperstein gegen die Wiedervereinigung einsetzen wollten, half Daschitschews Beweisführung Gorbatschow dabei, die westliche Forderung nach Deutschlands Nato-Zugehörigkeit hinzunehmen.¹⁵ Er verwies nämlich darauf, daß die SU ohnehin 90% der militärischen Lasten des Warschauer Vertrages trage und sich daher auch ohne die NVA der DDR nicht um ihre Sicherheit zu sorgen brauche.

Allerdings wird in der deutschen Öffentlichkeit bis heute fast vollkommen übersehen, daß Art. 3 Absatz 3 des Umfassenden Vertrages vom 13.9.1990 zwischen der Bundesrepublik und der SU eine Neutralitätsverpflichtung beider Seiten enthält, die noch über diejenige des Berliner Vertrages vom 24.4.1926 hinausgeht, insofern in diesem Musterbeispiel für die Stresemannsche Reichsaußenpolitik zwischen Ost und West die deutsche Neutralität nur für den Fall zugesagt worden war, daß die UdSSR „trotz friedlichen Verhaltens“ von einer dritten Macht angegriffen würde, 1990 aber die Formel uneingeschränkt lautete: „Sollte eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten und alle Maßnahmen ergreifen, um den Konflikt unter Anwendung der Grundsätze und Verfahren der Vereinten Nationen und anderer Strukturen kollektiver Sicherheit beizulegen.“

Hatte Stalin erst spät begriffen, daß die Spaltung Europas den russischen Interessen widersprach, weil sie die Westeuropäer unter der Führung der „raumfremden“ USA vereinte,¹⁶ so konnte es für Daschitschew in den 80er Jahren nur noch darum gehen, die Belange des Ostens und des Westens mit den „deutschen Hoffnungen“ auszubalancieren. Zunächst befürwortete er 1986 eine evolutionäre Annäherung der beiden deutschen Staaten. Dabei drehte er Egon Bahrs Losung „Wandel durch Annäherung“ in „Annäherung durch Wandel“ um. Auf diesem Weg wäre nach seiner Meinung die Wiedervereinigung „weniger kränzlich“ für beide deutsche Gebiete verlaufen.¹⁷

Daschitschews Denken kreiste darum, „Jalta 1“ mit seiner Teilung Europas in Einflußzonen zu ersetzen durch ein „Jalta 2“,¹⁸ das die europäischen Staaten einschließlich der Nordamerikaner zusammenführte. Seine Denkschrift vom April 1988 für einen amerikanisch-sowjetischen Wissenschaftler-Dialog beweist in der Tat, daß der Anstoß zur Wiedervereinigung von der SU ausging; denn er erinnerte daran, daß ein einheitlicher Staat

„spontan“ entstehen könne, aber auch ein internationaler Status zu bedenken sei. Es gehe um „optimale Wege“ zur Lösung der deutschen Frage, ohne alles „bisher erreichte Positive“ zu vernichten.¹⁹ „In meinem Streben, zur Wiederherstellung der deutschen Einheit nach Kräften beizutragen, ging ich davon aus, daß die Umsetzung dieser historischen Aufgabe sowohl den Deutschen als auch den Russen und anderen Europäern erlauben werde, sich von der Bürde der Konfrontation und Hochrüstung zu befreien und eine neue friedliche Ordnung in Europa zu schaffen.“²⁰

Wollte Daschitschew 1988 die Wiedervereinigung durch Reformen in der DDR auf dem Weg einer Angleichung („putëm provedenija reform, adaptacii dvuch germanskich gosudarstv“)²¹ erreichen und betonte er Gorbatschow gegenüber am 19.4.1989, die Wiedervereinigung widerspreche im großen Rahmen („po bol’somu sčëtu“)²² überhaupt nicht den nationalen Interessen der SU, so fügte er in seiner „Lebensbilanz“ hinzu, daß von ihr auch die Untergrabung der USA-Positionen in Europa, die Beendigung der militärischen Anwesenheit der Nordamerikaner auf dem Kontinent und das Ende der sowjetischen Isolierung abhingen.²³ Er hält es heute aber für ein Versäumnis der sowjetischen Diplomatie, 1990 die Nato nicht vertraglich auf einen Erweiterungsverzicht festgelegt zu haben.²⁴

IV.

Welche Lebenserfahrungen beeinflussten möglicherweise Daschitschews ungewöhnliches Verhalten im Sowjetsystem? 1995 wurde Daschitschew bei einer Ehrung in Bonn als „akademischer Außenseiter“ mit „klaren Formulierungen“ gerühmt.²⁵ Trotzdem oder gerade deswegen hatte er mancherlei Anfeindungen auszuhalten. Andererseits wünschte sich Hans-Dietrich Genscher zum 80. Geburtstag des Vordenkers am 9.2.2005 „noch viele Beiträge“ von ihm „zur Gestaltung einer besseren Welt“. Schließlich hatte Daschitschew ja in der Gorbatschow-Zeit gewissermaßen den Erkundungsauftrag übernommen, wie die Wiedervereinigung vielleicht das Wettrüsten beenden könnte. Dabei mußte ihn das Schicksal des Vaters eigentlich warnen. Der hochdekorierte Held des Bürgerkrieges, der sogar in der Sowjet-Enzyklopädie stand, erlebte 1938 die Stalinschen Säuberungen im höheren Offizierskorps derart „hautnah“, dass ihn bei einer Eisenbahnfahrt mit dem Sohn jedes Klopfen an der Abteiltür zusammenzucken ließ.²⁶ Wegen seiner Kritik an Stalins Kriegführung wurde der Oberbefehlshaber einer sowjetischen Armee 1942 verhaftet und bis 1953 ohne Gerichtsverfahren und Urteil in einer Einzelzelle festgehalten. Der Ende 1942 eingezogene Sohn glaubte, dass der Vater einen Geheimauftrag bei den Partisanen o. ä. ausführe.²⁷

Als junger Wissenschaftler setzte er sich in einer Militärzeitschrift ersten Anfeindungen aus, weil er die Mitwirkung sowjetischer Kriegsgefangener in den westeuropäischen Widerstandsbewegungen gewürdigt hatte. Damals galten gefangene Sowjetsoldaten öffentlich noch als Verräter.²⁸ 1968 wurde er von Veteranen dafür angegriffen, dass er in einem Buch die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen zwischen Juni 1941 und Februar 1942 richtig mit 3,5 Millionen angegeben hatte.²⁹ Weil er 1966 gegen die Rehabilitierung Stalins als Feldherr auftrat, kostete ihn das seine Stellung im wissenschaftlichen Forschungsamt der Akademie des Generalstabes. Als er am 27.11.1987 als Vorsitzender des wissenschaftlichen konsultativen Beirats im Moskauer Außenministerium („naučno-konsul’tativnyj sovet pri Upravlenii socialističeskich stran Evropy“) als einem „gesellschaftlichen und nicht behördenmäßigen Organ“ („ëto byl ne administrativnyj, a obščestrennyj organ“)³⁰ die Wiedervereinigung vorschlug, galt er als „enfant terrible“. Bezeichnete er 1988 in Bonn bei einem Pressegespräch die Berliner Mauer als „Relikt des Kalten Krieges“, erteilte ihm eine öffentliche Rüge. Seine Bejahung der Wiedervereinigung auf einer Tagung in Weikersheim 1989 führte zum Verlust des wissenschaftlichen Postens im Außenministerium, das 1990

seinen Rat scharf kritisierte, die Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands hinzunehmen.

Aber auch in der Jelzin-Ära gab es für Daschitschew „spannende Momente“, weil er die kapitalistische Schock-Politik der „Nigilisten“ (deutsch: „Nihilisten“, swg) heftig anprangerte.³¹ Schließlich setzte er sich in Deutschland in den letzten Jahren „rechten“ Verdächtigungen aus, weil er keine Berührungängste dabei zeigte, wo er seine Aufsätze veröffentlichte.

Umgekehrt mußte er sich in Rußland dem u. a. auch von Falin erhobenen Vorwurf stellen, er habe das strategische Vorfeld preisgegeben. Dabei räumte er seinen Irrtum folgendermaßen ein: „Ich muß gestehen, daß ich mich auch in der zentralen Frage über die Politik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges getäuscht habe.“³² Die Clinton-Administration wählte die „Rückkehr zur Politik der Stärke und der Dominanz“. „Nach meiner langen, sehr riskanten Auseinandersetzung mit dem messianischen Hegemonismus der sowjetischen Führung habe ich diese neue europäische Realität als eine persönliche Tragödie wahrgenommen. Es war für mich peinlich zu erkennen, wie die Ideen von einem neuen friedlichen und geeinten Europa, frei von Gewalt, Einflußsphären und Herrschaft, weggeworfen wurden, wie an die Stelle der ‚Breshnew-Doktrin‘ der ‚beschränkten Souveränität‘ die amerikanische Doktrin der ‚uneingeschränkten Einmischung‘ in die inneren Angelegenheiten der Staaten trat.“³³ 1990 schienen die geopolitischen Gegensätze zu den USA dahingeschwunden. Hatte Daschitschew in den 70er Jahren der sowjetischen Führung geraten, das Wettrüsten zu beenden, so traf es ihn 2007 umso härter, in russischen Zeitungen von Szenarien eines Nato-Krieges gegen Rußland lesen zu müssen.³⁴

In seiner „Bilanz aus 80 Jahren“ vergab er auch „Höchststufen“ für einzelne russische Politiker: „Meine Geburt fällt mit dem Ende der blutigen Ära des größten Revolutionärs unseres Zeitalters und des Schöpfers des totalitären Staatssozialismus Lenin zusammen. Dann folgte die grausame Ära des rücksichtslosesten Tyrannen Stalin und seiner Komplizen. Sie wurde durch die kurze romantische Zeit nicht erfüllter Hoffnungen des großen und mißglückten Reformers des XX. Jahrhunderts Gorbatschow abgelöst. Seine Perestrojka wurde auf dem halben Weg angehalten. Dann erlebte das russische Volk den Sturz der Sowjetunion und der sozialistischen Glaubensideale, vollzogen von dem größten Renegaten und Herostraten der Weltgeschichte Jelzin. Neun schmachvolle Jahre seiner Herrschaft, die in ein mafia-oligarchisches Regime entartete, brachten die Ruinierung und Ausplünderung Rußlands, die Zerstörung seiner Staatlichkeit, eine nie da gewesene Verarmung seiner Bevölkerung und die unvorstellbare kriminelle Bereicherung einer Handvoll von Leuten aus dem Kreis des ‚Familienbetriebs‘ Jelzins, den totalen Verfall der Moral der neuen regierenden Elite... Das Jelzin-Regime wurde zum Wegbereiter der amerikanischen Hegemonialpolitik in Rußland.“³⁵ Putins Politik schließlich habe sich in den ersten fünf Jahren seiner Präsidentschaft als „sehr zwiespältig, inkonsequent, schwankend und unentschlossen“ dargeboten.³⁶ 2007 hielt Daschitschew es für richtig, wenn Putin den Beitritt der baltischen Staaten zur Nato mit einer „umgekehrten Kuba-Krise“ beantwortet hätte.³⁷

Dieses eindeutige Urteil wirkt um so erstaunlicher, als Daschitschew zu den schärfsten Kritikern des stalinistischen Geschichtsbildes gehörte, solange das Geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 schlicht verleugnet wurde. Dabei hält er das Protokoll für weniger wichtig als den Vertrag. Seiner Ansicht nach hätte der sowjetische Kongreß der Volkdeputierten ihn am 24.12.1989 verurteilen müssen.³⁸ Daschitschew hatte ein halbes Jahr zuvor auf einer internationalen Historikerkonferenz in Berlin darauf verwiesen, daß Stalin bereits vor dem XVIII. Parteitag der KPdSU im März 1939 eine Absprache mit dem Großdeutschen Reich plante. Dabei ging es Daschitschew

darum, vor den Polen die Lüge der stalinistischen Propaganda von einem angeblichen Handlungs- und Bedrohungsnotstand der SU im August 1939 bloßzustellen. Der Beschluß des Volksdeputierten-Kongresses lautete immerhin, „jedem Volk der SU eine freie und gleichberechtigte Entwicklung unter den Bedingungen einer ganzheitlich zusammenhängenden Welt zu gewährleisten“.³⁹

V.

Erfüllten sich wenigstens die Erwartungen, die Daschitschew an die Politik eines vereinten Deutschlands geknüpft hatte? Da es in absehbarer Zeit keine EU-Mitgliedschaft seines Landes geben werde und auch die bilaterale Zusammenarbeit wegen des Rapallo-Syndroms „nicht realistisch“ sei, blieb ihm als Hoffnung fünfzehn Jahre nach der Wende eine Achse Paris-Berlin-Moskau. Sie sollte die USA eindämmen.⁴⁰ Doch das vereinte Deutschland offenbarte sich ihm 2006 als „amerikanischer Satellitenstaat“ oder bestenfalls als „Juniorpartner Amerikas“ im Zustand eines „versteckten Versailles“.⁴¹ Dabei hatte er unter Bundeskanzler Schröder „zwei Deutschland“ entdeckt. Freilich gebe es wieder ein amerikanisches Deutschland, aber daneben erneut auch ein „deutsches Deutschland“.⁴² Darin lag Daschitschews Erwartung von 1990 beschlossen: Die nationalen Belange Rußlands geböten Deutschlands Umwandlung in eine „voll souveräne Nation“.⁴³ Es liege außerdem im Interesse Rußlands, daß die EU eine handlungsfähige und von den USA unabhängige Organisation werde. Dabei sei aber zu beachten, daß der bürokratisch-zentralistische Brüsseler Apparat dazu gedacht war, die Bundesrepublik fest in den Westen einzubinden.⁴⁴

Immer wieder flackert das Hoffnungsflämmchen auf, Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ sei dadurch zu verhindern, dass die europäischen Eliten sich von den USA lösten und Rußland in absehbarer Zeit zu einem gleichberechtigten EU-Mitglied werden ließen.⁴⁵ Daß Rußland einen neuen Kalten Krieg anzetteln könnte, hält Daschitschew für eine These, die von Amerika für „Einfaltspinsel“ verbreitet werde.⁴⁶

VI.

Warum fand Daschitschew seit Mitte der 90er Jahre zu immer schärferen Tönen gegenüber den USA? Die Nato-Osterweiterung bedeutete ihm 1995 die „Konfrontation“ mit Rußland, weil das 1988/89 eingeräumte gemeinsame Interesse von Sowjetunion, USA und den Europäern an Osteuropa mißachtet wurde. Neben diesen außenpolitischen Gefahren entdeckte Daschitschew auch schwere Wunden in Rußland selbst. Er unterstellte den Amerikanern, daß sie nach dem Zerfall der UdSSR über alle Rohstoffe der Erde verfügen wollten. Die Alarmglocken schrillten bei ihm, als US-Außenpolitiker 2004 darüber nachdachten, die euroasiatische Großmacht Rußland in drei Staaten – eine Republik Rußland, eine Sibirische und eine Fernöstliche Republik – aufzuteilen, weil es nicht „gerecht“ sei, daß „nur Rußland Sibirien gehöre“.⁴⁷ Der amerikanische Politikberater Brzezinski hatte zur gleichen Zeit verlauten lassen, in Eurasien sollten die USA die einzige Führungsmacht sein.⁴⁸

Schon 1998 fürchtete Daschitschew, dass die USA das atomare Potential Rußlands liquidieren wollten und deshalb bei einem russischen Bürgerkrieg einmarschieren würden.⁴⁹ 2003 hatten sich ihm alle diese Verdachtsmomente derart erhärtet, daß er von einer politischen „Vorkriegskrise“ schrieb, wie sie vor den Weltkriegen erkennbar gewesen seien.⁵⁰ Vieles in diesem Schreckensbild beruhte darauf, daß Daschitschew im „Jelzin-Regime“ den Wegbereiter der amerikanischen Hegemonialpolitik in Rußland erblickte: Jelzin habe Washington „untertänisch“ (sic!) gedient.⁵¹ Doch verfüge die amerikanische Weltelite im Jahre 2007 bis auf die neu geschaffene Klasse der meist amerika-orientierten Oligarchen über keine soziale Basis mehr für eine proamerikanische Stimmung in Rußland.⁵²

Daschitschew lobte Putin für die Beachtung der russischen Geschichte, der militärischen Traditionen des Landes, des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg und des russischen Patriotismus.⁵³ Er forderte von der russischen Führung außerordentliche Maßnahmen, damit das Land „nicht der Finsternis geweiht ist“, wie Solženicin befürchtet.⁵⁴ Denn wenn die amerikanischen Abwehrraketen und A-Waffen an der ukrainisch-russischen Grenze und bei Voronež stünden, verlöre Rußland seine atomare Zweitschlagfähigkeit und damit seine Unabhängigkeit. Deshalb sei ein „Weinkrieg“ mit Georgien oder ein „Energiekrieg“ mit der Ukraine abwegig. Vielmehr müsse man den USA energisch entgegentreten, so wie diese 1962 bei der Kuba-Krise mit einem Präventivschlag gedroht hätten.⁵⁵ „Wir müssen erklären, daß unsere operativ-taktischen und strategischen Atomwaffen im westlichen Rußland und in Weißrußland in Stellung gebracht und auf die Nato-Staaten gerichtet werden, die Rußlands Sicherheit bedrohen“.⁵⁶ Außerdem müsse die Nato propagandistisch als überflüssig desavouiert und als USA-Hauptherrschaftsmittel in Europa denunziert werden. „Warum schlossen wir statt dessen Abkommen mit ihr über eine strategische Partnerschaft und führen gemeinsame Übungen durch? Das erinnert daran, daß in Lemberg 1939 sowjetische und Hitler-Truppen vor General Guderian gemeinsam paradierten...“⁵⁷ Die schweigende Hinnahme der Nato-Truppen im Baltikum, in Polen, in Bulgarien und in Rumänien sei ein schwerer Fehler gewesen. Das sei wie eine Variante der „Münchener Politik“.⁵⁸ „Unser Land befindet sich in einer um vieles gefährlicheren geopolitischen und geostrategischen Lage als die UdSSR am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges. Damals war unser Volk eins (edin), jetzt aber wirken einflußreiche proamerikanische Kräfte finanzstark bei uns ein.“⁵⁹

VII.

Welche innerrussischen Folgerungen zog Daschitschew aus seinem Postulat sittlicher Politik? Aus eigenem Erleben mußte ihm der Untergang der Sowjetunion als größtes sozial-politisches Unheil und der Kapitalismus der 90er Jahre als die Katastrophe im 20. Jahrhundert erscheinen. Deshalb hielt er es für einen Riesenfehler Gorbatschows, im Dezember 1991 den „Verschwörer“ Jelzin nicht durch eine Sondereinheit („rotoj specnaz“) verhaftet zu haben.⁶⁰

Einen weiteren Fehler habe Gorbatschow damit begangen, daß er erst 1990 die nationale Frage erkannte und sehr spät über eine Konföderationsstruktur der SU nachdachte.⁶¹ In Daschitschews Rückblick gehen die guten und die schlechten Erfahrungen beim Aufbau des sowjetischen Sozialismus in die Schatzkammer der politischen Geschichte, Theorie und Praxis, ein.⁶² Daschitschew verschweigt nicht die von ihm von Anfang an getadelten Mißgriffe Gorbatschows, als dieser bei den ersten Wirtschaftsreformen die Betriebe in die Freiheit entließ, ohne einen Rahmen für die Warenmenge sowie für die Preise und Löhne vorzugeben.⁶³ Er lobt den Ordo-Liberalismus, der Ludwig Erhard geprägt hatte.⁶⁴ Daschitschews Lösung klingt überzeugend: Es gehe um einen dritten Weg mit den besten Zügen des kapitalistischen Systems, die um die positiven moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Werte des Sozialismus zu ergänzen seien. Dieser „Konvergenz-Sozialismus“ („Konvergentnoe social’noe obščestvo“)⁶⁵ enthebe der Suche nach einer sogenannten „nationalen Idee“ Rußlands. Angeblich könne nur die Spontaneität des Marktes die Wirtschaft in Ordnung halten, nicht aber vermöge dies die im Staat verkörperte menschliche Verstandeskraft.⁶⁶ Daschitschews gesellschaftliche Landkarte enthält dagegen verlockende Wegmarken:

Die gesamte soziale Grundversorgung geschieht kostenlos durch den Staat. Das gilt auch für die Bildung. Durch eine vernünftige Steuerpolitik können nur begrenzte Anteile am Kapital einer Aktiengesellschaft erworben werden. Es gibt eine gesellschaftliche, aber keine private Presse. Mehrere „sozialistische Parteien“ wetteifern um das Gemeinwohl.⁶⁷ Selbstverwaltung erfolgt nicht zu Lasten der Oberhoheit der Zentrale oder der Staatseinheit.⁶⁸

Wohl nur das Entsetzen über Rußlands Verfall ab 1991 vermag die Heftigkeit von Daschitschews Urteilen zu erklären: „Bei den schrecklichen Verbrechen in der SU kann man jedoch von subjektiven Ursachen, von der gesellschaftlichen Erscheinung einer ideologischen ‚Vertierung‘ (ozverenija) sprechen. Im Kapitalismus entsteht aber die Unmoral durch objektive Faktoren der Gesellschaftsorganisation (organizacii obščestva).“ In der sowjetischen Gesellschaft bildete die Jagd nach dem Geld nicht den Sinn des Lebens. „Im Vordergrund standen bei uns gesellschaftliche Interessen, geistige Werte, auch wenn sie sogar stark ideologisch und oft lebensfremd waren.“⁶⁹

Hier leuchteten der sittliche Anspruch Daschitschews an sich und die Welt wieder auf. Die deutsche Öffentlichkeit sollte daher den so überaus anregenden Freund unseres Landes mehr zu Worte kommen lassen und darüber nachdenken, warum ein ehemaliger sowjetischer Bewunderer des westlichen Systems sich heute als Russe betrogen vorkommt.

Anmerkungen

-
- 1 Bild am Sonntag, Nr. 39 vom 28.9.1986, S. 1 f.: Will Moskau uns aus der NATO brechen?
 - 2 Wjatscheslaw Daschitschew: Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, Hamburg 2002, S. 32 f.
 - 3 Ebda.
 - 4 W. D.: Der Nachlass von Immanuel Kant und die neue amerikanische Weltordnung, 22.10.2005, MS, S. 12.
 - 5 W. D.: Antwort an die Berliner Zeitung: Die lange Liste meiner „Sündenfälle“, 2004, S. 4.
 - 6 W. D.: Freiheit gegen Sittlichkeit (einige außenpolitische Aspekte), 10.1.2006, MS, S. 3.
 - 7 W. D.: Deutschland und Russland in der europäischen Politik. (Die Spaltung Europas und Probleme ihrer Überwindung), August 2005, MS, S. 14.
 - 8 Anm. 2, S. 365-379, bes. S. 373.
 - 9 W. D.: Hitlers Strategie. Der Weg in die Katastrophe, 4 Bde., Moskau 2005 (russisch).
 - 10 V. D.: Podvodja žiznennye itogi, Juni 2006, MS, S. 17 f..
 - 11 Anm. 2, S. 35.
 - 12 Ebda., S. 36
 - 13 W. D.: Ein Leben in endlosen „russischen Wirren“. (Bilanz aus 80 Jahren), 2005, MS, S. 7.
 - 14 Anm. 2, S. 379. V. D.: Sovetsko-amerikanskij dialog o preodolenii „cholodnoj vojny“ i novom mirnom porjadke v Evrope, in: Mir peremen, 3/2004, S. 31.
 - 15 Anm. 10, S. 22.
 - 16 Anm. 7, S. 5.
 - 17 Ebda., S. 7 f.
 - 18 Ebda., S. 10.
 - 19 Ebda., S. 11.
 - 20 Anm. 13, S. 12.
 - 21 Anm. 10, S. 21.
 - 22 Ebda.
 - 23 Ebda., S. 20.
 - 24 Ebda., S. 22.
 - 25 Laudatio für W. J. Daschitschew am 15.2.1995 von Prof. Dr. Heinrich Vogel, S. 3.
 - 26 Anm. 10, S. 2.
 - 27 Ebda., S. 4.

-
- 28 Ebda., S. 9.
- 29 Ebda., S. 10.
- 30 Ebda., S. 19.
- 31 W. D.: Die wahren Ziele der amerikanischen Europa-Politik, Vortrag, 27.6.2004, S. 8.
- 32 Anm. 7, S. 12 f. – Anm. 10, S. 19.
- 33 Ebda.
- 34 W. D.: Schlacht um Russland. Die von den USA weitverbreitete These über die „Rückkehr“ Russlands zum kalten Krieg ist für Einfaltspinsel bestimmt, in: Zeit-Fragen, Nr. 28 vom 16.7.2007, S. 4.
- 35 Anm. 10, S. 3.
- 36 Ebda.
- 37 W. D.: Die Haltung der USA gegenüber Russland, Vortrag Wildbad Kreuth, 18.10.2005, MS, S. 7.
- 38 Anm. 2, S. 237.
- 39 Ebda., S. 236 f.
- Hain Rebas zweifelte noch 1997 daran, dass ein gesamtbaltischer Regionalismus stärker sein werde als „Russian ambitions and divide et impera policies in the Baltics“ (S. 75). Vor allem die lettische Wirtschaft sei „mainly in Russian speaking hands“ (S. 1). Hain Rebas: Baltic Cooperation-Problem or opportunity?, in: Perspectives. Review of Central European Affairs, Winter 97/98, S. 67-67.
- Überhaupt bemühte sich die schwedische Ostforschung darum, die sowjetischen Verhältnisse durch einen Vergleich mit dem Zarenreich jeweils sachbezogen zu bewerten in Bezug auf „parallelliteten mellan å ena sidan statsmakten, byråkratin och det politiska livet i Tsarryssland och å andra sidan förhållandena i Sovjet“. Claes Arvidsson: Integration och centralisering. Aspekten på fackligt handlande i Sovjetunionen 1917-1977, in: Bidrag til Öststatsforskningen, vol. 9 (1981), Nr. 1, S. 112.
- 40 Anm. 31, S. 12. – W. D.: Hat die Achse Paris-Berlin-Moskau eine Zukunft?, Vortrag, April 2006, S. 1, 9.
- 41 W. D.: Stalins Deutschlandpolitik 1945-1952. Motive Stalins in der Deutschlandpolitik, September 2006, MS, S. 19. – Anm. 7, S. 20. – Anm. 13, S. 20.
- 42 Anm. 34, S. 8.
- 43 Anm. 7, S. 20.
- 44 Ebda., S. 17.
- 45 Anm. 13, S. 21.
- 46 Vgl. Anm. 34, S. 2.
- 47 V. D.: “Paks amerikana” ili “myl’nyj puzyr”?, 21.9.2004, S. 3, Anm. 10, S.43.
- 48 W. D.: Zur geopolitischen Lage Russlands, Vortrag in Leipzig, 26.4.2004, MS, S. 1 f.
- 49 V. D.: Istorija razrušenija osnov nacional’noj bezopasnosti Rossii. Radikal’nye reformy demokratov strašnee bol’ševistskoj kollektivizacii, in: Nezavisimaja gazeta vom 10.6.1998, MS, S. 14 f..
- 50 V. D.: Rasširenje NATO i Rossija, Vortrag, 29.5.2003, MS, S. 4.
- 51 Anm. 13, S. 16.
- 52 Anm. 34, S. 5.
- 53 Anm. 10, S. 42.
- 54 Ebda., S. 49.
- 55 Ebda., S. 46.
- 56 Ebda., S. 45 f.
- 57 Ebda., S. 46.
- 58 Ebda., S. 45.

-
- 59 Ebda., S. 47 f.
60 Ebda., S. 28.
61 Ebda., S. 29.
62 Ebda. S. 31.
Das Unglück des russischen Volkes sei dadurch noch verstärkt worden, „dass es im Vergleich zu anderen im Grunde genommen keine genügenden kommerziellen Fähigkeiten besitzt“. – W. D.: Russland zwischen Vergangenheit und Zukunft, Vortrag in Aachen, 23.5.2001, MS, S. 13.
63 Anm. 2, S. 512.
64 Anm. 10, S. 43.
65 V. D.: Tretij put' dlja Rossii, 19.6.2007, S. 10. (Auch in: *Ekonomičeskaja i filosofskaja Gazeta*, Nr. 37 (670), Sept. 2007.)
66 Anm. 37, S. 8.
67 Anm. 65, S. 7.
68 Ebda., S. 9.
69 Ebda., S. 2 f.

Mit freundlicher Genehmigung von Autor und Verlag
aus: *Rund um die Meere des Nordens*, Festschrift für Hain Rebas, Hrsg.: Michael Engelbrecht, Ulrike Hanssen-Decker, Daniel Höffker, Verlag Boyens, Heide 2008

Prof. Dr. Helmut Grieser, geboren 1941 in Altenburg/Thüringen. Studium der Geschichte, Slawistik, Politischen Wissenschaft, Philosophie und Pädagogik in Freiburg/Br., Hamburg und Kiel. Erstes Staatsexamen für das höhere Lehramt 1967 und Promotion 1969; 1969/70 in Fürstenfeldbruck und Neubiberg an der Offizierschule der Luftwaffe (Lehrstab); 1970/71 Studienreferendar an der Hebbelschule in Kiel; 1970-1972 Lehraufträge an der Pädagogischen Hochschule Kiel; Zweites Staatsexamen 1971; ab 1972 am historischen Seminar der Christian Albrecht-Universität als Studienassessor, später StR und OstR im Hochschuldienst; Studiendirektor 1996; Habilitation 1978; außerplanmäßiger Professor 1983 für Mittlere und Neuere Geschichte; Lehrstuhlvertretung an der Pädagogischen Hochschule Kiel 1992/93; Pensionierung im Wintersemester 2006/2007.

Arbeits- und Interessenschwerpunkte: Deutsch-russische Beziehungen, Drittes Reich, Teilung Deutschlands; Erbe und Tradition des Sozialismus; ferner: Kulturgeschichte als Spiel (Barock). Verheiratet, 4 Kinder.